

13. Eine realistische Energiestrategie ohne Windparks im Kanton Zürich

Motion Paul von Euw (SVP, Bauma), Diego Bonato (SVP, Aesch) vom 11. Juli 2022

KR-Nr. 227/2022, RRB-Nr. 1402/26. Oktober 2022 (Stellungnahme)

(gemeinsame Behandlung mit KR-Nr. 104/2022)

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Sie haben am 27. Februar 2023 gemeinsame Beratung dieser Geschäfte beschlossen. Wir werden also diese Geschäfte gemeinsam in freier Debatte diskutieren und getrennt darüber abstimmen. Der Regierungsrat ist bereit, die Motion Kantonsrats-Nummer 104/2022 entgegenzunehmen. Christian Lucek (*Altkantonsrat*) hat an der Sitzung vom 27. Juni 2022 Antrag auf Nichtüberweisung der Motion gestellt. Er ist zwischenzeitlich aus dem Rat ausgeschieden. Wird der Antrag aufrechterhalten? Ja, Paul von Euw hält den Antrag aufrecht.

Bei der Motion Kantonsrats-Nummer 227/2022 beantragt der Regierungsrat Nichtüberweisung. Er hat dem Rat seine schriftliche Ablehnung am 26. Oktober 2022 bekanntgegeben.

David John Galeuchet (Grüne, Bülach): Der Wind stoppt nicht an der Schweizer Grenze beziehungsweise an unserer kantonalen Grenze. Es ist höchste Zeit, dass die Schweiz das Potenzial der Windenergie endlich zu nutzen beginnt. Die umliegenden Staaten und Regionen tun dies schon in beträchtlichem Mass. Österreich hat 20-mal mehr Wind-Leistung, Baden-Württemberg 25-mal mehr und das fast doppelt so stark besiedelte Saarland hat 103-mal mehr Windleistung als wir in der Schweiz, und keine dieser Regionen liegt am Meer. Windenergie spielt eine bedeutende Rolle bei der Wende hin zu einer CO₂-freien und erneuerbaren Energieproduktion. Gerade in den Wintermonaten, in denen wenig Solarstrom erzeugt werden kann, gibt es in der Schweiz ein beträchtliches Windpotenzial. Zwei Drittel der Jahresproduktion von Windenergieanlagen fallen ins Winterhalbjahr. Die Windenergie trägt dazu bei, Lücken in der Stromproduktion zu schliessen und die Abhängigkeit vom Ausland zu reduzieren. Im Kanton Zürich gibt es genügend Wind, sodass die Windkraftanlagen wirtschaftlich betrieben werden können. Das realisierbare Potenzial liegt gemäss der Energiestrategie des Regierungsrates auf dem Niveau der Wasserkraft, es ist also beträchtlich.

Seit 2018, seit das neue Energiegesetz auf Bundesebene in Kraft ist, sind die Kantone aufgefordert, Gebiete für Windenergienutzung in den Richtplan aufzunehmen. 60 Prozent der Kantone haben diesen Auftrag schon erfüllt oder zumindest die Aufgabe angenommen und den Prozess gestartet. Mit unserer Motion fordern wir den Regierungsrat dazu auf, diesen Bundesauftrag endlich umzusetzen, damit der Kanton Zürich die Rolle des Hinterbänklers in Energiefragen verlassen kann. Der Regierungsrat hat angekündigt, dass er dabei ist, den Richtplan entsprechend zu erarbeiten. Mit dieser Motion sollen ihm die Rahmenbedingungen dafür in Auftrag gegeben werden.

Teilprotokoll – Kantonsrat, 21. KR-Sitzung vom 23. Oktober 2023

Windenergieanlagen sollen dort gebaut werden, wo ein hohes Windpotenzial vorhanden ist und die Naturwerte möglichst wenig beeinträchtigt werden. Für uns ist es zentral, dass der Regierungsrat beim Erstellen des Richtplans neben der Windstärke insbesondere Kriterien des Natur- und Landschaftsschutzes berücksichtigt. Deshalb soll der Regierungsrat Gunst-, Vorbehalts- und Ausschlussgebiete für Windkraftanlagen im Richtplan eintragen. In Gunstgebieten sind keine spezifischen entgegenstehenden öffentlichen Interessen bekannt. In Vorbehaltsgebieten sind entgegenstehende öffentliche Interessen bekannt; diese schliessen aber eine Windkraftnutzung nicht aus. In Ausschlussgebieten sind entgegenstehende öffentliche Interessen bekannt, die eine Windkraftanlage ausschliessen. Solche Interessen sind es insbesondere Schutzgebiete, basierend auf internationalen Konventionen, nationale Natur- und Landschaftsschutzinventare, Naturerlebnisparks, Landschaftsschutz- und Freihaltegebiete gemäss Richtplan, kantonale Natur- und Landschaftsschutzverordnungen sowie Naturschutzinventare, stehende Gewässer und Flüsse, inklusive Gewässerräume, Gewässerschutzzonen S1 und S2, Naturwald- und Sonderwaldreservate und zu guter Letzt wichtige Vogel- und Fledermaus-Zugrouten. Für eine sichere zukünftige Energieversorgung dürfen wir nicht auf die Windenergie verzichten, und auch der Kanton Zürich muss seinen Anteil dazu leisten. Deshalb rufe ich Sie auf, diese Motion zu unterstützen.

Paul von Euw (SVP, Bauma): Die soeben vorgestellte Motion zur Festlegung von Interessengebieten für Windenergieanlagen hat sich mittlerweile erledigt. Der Regierungsrat hat die Thematik aufgenommen, Regierungsrat Martin Neukom hat sich im vergangenen Oktober bereits dazu geäußert, die Motion muss aus diesem Grund nicht mehr weiterverfolgt werden. Der Vorschlag zur Ausscheidung von 46 Windgebieten mit bis zu 120 Anlagen liegt auf dem Tisch und wird die Grundlage zu einer Richtplanrevision bilden. Wir respektieren diesen Gesetzesauftrag aus dem Energiegesetz, welcher bereits erwähnt wurde, beurteilen jedoch die Interessensabwägung in Anbetracht des geringen Potenzials im Vergleich zu den beträchtlichen Auswirkungen für die Landschaft und die Aufwände zur Erstellung von Windkraftanlagen als deutlich ungünstiger, als dies in der Stellungnahme der Motion 227/2022 dargestellt wird. Wir plädieren daher für einen pragmatischen Umgang mit diesem Auftrag aus dem Energiegesetz, insbesondere auch aufgrund der Berechnungen in der Windpotenzialstudie aus dem Jahr 2014, welche maximal sechs Windkraftanlagen zu begünstigen vermochte.

Grundsätzlich ist nichts gegen die Energiegewinnung aus Wind einzuwenden, nur müssen die Bedingungen dazu stimmen. Es gibt einen Grund, weshalb unsere Vorfahren das Korn mit Wasserrädern gemahlen haben, während in Holland, Spanien und Griechenland Windmühlen errichtet wurden, und derselbe Grund gilt auch für die Windkraftanlagen. Die Schweiz ist nun mal kein Windland und man kann aus ihr auch keines herbeischwören, das zeigt uns die Erfahrung. Um auch bei schwachem Wind möglichst viel Energie zu ernten, sind sehr, sehr hohe Anlagen mit sehr, sehr grossen Rotordurchmessern notwendig. Daher favorisiert die Baudirektion für die möglichen 120 Windkraftanlagen mit einer Höhe bis zu 235 Metern und 150 Metern Rotordurchmesser auch diese sehr grossen, allerneuesten

Anlagen, da kleinere, wie wir sie bisher in der Schweiz kennen, gar nichts bringen. Keine der heute bestehenden Anlagen in der Schweiz oder der vergleichbaren im benachbarten Ausland, welches vorher bereits erwähnt wurde, erbringen mehr als 20 Prozent der installierten Leistung. Es ist daher offensichtlich, dass diese Anlagen bei uns weder aus ökologischer noch aus ökonomischer Sicht rentabel sein werden. Nur mit garantierten massiven Subventionen werden sich Investoren finden lassen. Kommt dazu, dass die meisten der 46 identifizierten Potenzialgebiete an exponierten Lagen zu finden sind, also an landschaftlich ausgesprochen empfindlichen Lagen und wichtigen Naherholungsgebieten im Kanton Zürich. Diese sind zudem äusserst aufwendig zu erschliessen. Um die Ungetüme aufstellen und unterhalten zu können, müssen Strassen gebaut, Schneisen, geschlagen werden. Weitere schädliche Auswirkungen sind auch für Zugvögel, Vögel und Fledermäuse offensichtlich. Macht das wirklich Sinn, zur Gewinnung von umweltfreundlicher und vor allem von sehr, sehr wenig Energie die Umwelt zu zerstören, die man schützen will? Die Grünen werden die Ersten sein, welche sich auf Forststrassen kleben und an Bäume ketten, um die Zerstörung zu verhindern. Der Widerstand der Standortgemeinden ist verständlicherweise heftig, sehr heftig. Wollen wir das, lohnt sich das? Bleiben wir doch realistisch: Der effektive Ertrag von Windkraftanlagen im Kanton Zürich steht in keinem Verhältnis zum Schaden, den wir anrichten.

Bleiben wir vernünftig und konzentrieren wir uns auf den Zubau von Bandenergiequellen, wie den Ausbau der Wasserkraft, der Tiefengeothermie, und brechen wir das Tabu des Technologieverbots für Kernkraftwerke der vierten Generation, statt den ganzen Kanton zu «verspargeln». Die Schweiz hat traditionellerweise saubere Energie produziert, die Schweiz hat traditionellerweise genügend Energie produziert und die Schweiz hat traditionellerweise sichere Energie produziert und damit eine Basis für wirtschaftlichen Erfolg und Wohlstand geschaffen. Lassen Sie uns diesen Weg weitergehen und hören Sie auf, über Auslandabhängigkeiten zu predigen, aber parallel den Selbstversorgungsgrad von Lebensmitteln sukzessive zu verkleinern. Wir müssen in Energiefragen wieder eigenständiger werden, aber wissen Sie, mit Windkraftanlagen werden wir das nicht erreichen.

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Paul von Euw hat auch gleich den Ablehnungsantrag begründet. Somit kommen wir zu den Voten aus dem Rat.

Rosmarie Joss (SP, Dietikon): Die Klimakrise ist eine Riesenherausforderung und die Elektrifizierung ist der Königsweg zur Reduktion der CO₂-Emission. Die elektrische Energie muss aber erneuerbar hergestellt werden. Windenergie ist hier grundsätzlich eine sehr spannende Technologie, denn zwei Drittel der Produktion fällt im Winterhalbjahr an und hilft dabei, die Winterlücke zu schliessen. Für die Versorgungssicherheit ist zudem in der Schweiz produzierter Strom der beste Strom. Unsere Zivilisation bietet uns viel Komfort. Dieser Komfort braucht Energie. Und seien wir ehrlich, die Nutzbarmachung von Energie führt zur Emissionen, egal, von welcher Quelle. Die fossile Energie erwärmt unser Klima. Sie ist die grösste Bedrohung für die Biodiversität. So sind 75 Prozent der europäischen

Brutvögel durch den Klimawandel bedroht. Die AKW hinterlassen einen radioaktiven Müllberg, mit dessen Bewältigung wir vor noch ungelösten Problemen stehen, plus besteht das Risiko eines Störfalls. Die Wasserkraft hat einen Einfluss auf die Landschaft und das Leben im und ums Wasser. Die Windenergie ist auch ein Eingriff in die Landschaft und hat einen Einfluss auf Vögel, Fledermäuse und so weiter. Zu diesem Punkt, weil das heute ja auch ein Thema ist, möchte ich doch festhalten: Für neue Windkraftanlagen braucht es eine Umweltverträglichkeitsprüfung. Das führt dazu, dass gerade an hochsensiblen Standorten Windanlagen gar nicht möglich sind. Und weiter gibt es in dem Bereich auch technischen Fortschritt. Moderne Anlagen haben Ortungssysteme. Das führt dazu, dass sie sich abschalten, wenn ein Vogelzug durchkommt oder Fledermäuse vorbeifliegen. Sie sind diesbezüglich also technisch recht gut gerüstet, um die Tiere zu schützen. Das Herz für Vögel der SVP scheint mir etwas scheinheilig, denn sonst stört es sie ja auch nicht so sehr, wenn Vögel an der Windschutzscheibe kleben. Auch der Kanton Zürich muss seinen Beitrag zur Energieproduktion leisten und da gehört auch die Windenergie dazu.

Mit der Motion Galeuchet zeigt man, wie man es machen sollte. Man sollte die Diskussion versachlichen, nüchtern beurteilen, wo und was getan werden muss, wie es sich lohnt. Die Motion, ursprünglich Lucek, jetzt von Euw, hingegen ist ein Denkverbot und alles andere als technologieneutral, denn man macht ein Technologie-Verbot. Die SP wird Ja sagen zu einer nüchternen Auslegeordnung zur Windenergie und Nein zur Technologieverbots-Motion der SVP. Danke.

Ruth Ackermann (Die Mitte, Zürich): Die Kantone haben den Auftrag, im Richtplan geeignete Gebiete für die Nutzung der Windkraft auszuscheiden. Dieser Auftrag gilt auch für den Kanton Zürich. Auch wenn gemäss aktuellem Kenntnisstand das Potenzial aus Windanlagen klein scheint, gibt es keine akzeptablen Gründe, aufgrund welcher der Kanton Zürich sich aus dieser Verantwortung schleichen könnte oder sollte. Die Mitte-Fraktion stimmt aus diesem Grund der Motion 104/2022 zu, Gebiete für Windenergieanlagen im Richtplan festzulegen. Die Windkraft soll auch im Kanton Zürich zur sicheren Stromversorgung beitragen. Alle erneuerbaren Energiequellen sollen weiter erforscht und gefördert sowie auf- und ausgebaut werden. Neben Windkraft gehören dazu auch Wasserkraft und Tiefengeothermie. Die Mitte-Fraktion lehnt die Motion 227/2022 ab und stimmt, wie gesagt, der anderen Motion zu.

Daniel Sommer (EVP, Affoltern am Albis): Zu den eher unerfreulichen Erinnerungen meiner Fussballkarriere gehören all jene Spiele, die wir gegen destruktiv eingestellte Gegner hatten. Die Obstruktion oder auf Deutsch das Sperren ohne Ball waren dabei noch die harmlosesten Ärgernisse, die uns die Kontrahenten bescherten. Zum Spiel konnten sie nichts beitragen, weil sie einfach nie richtig am Ball waren. Etwa so fühlt sich der Aktionismus der Windkraftgegner an. Speziell deutlich wird das auch in der vorliegenden Motion der SVP. Dabei muss man hier schon genau hinschauen, sonst könnte man ebenso gut glauben, die SP habe zu-

sammen mit den Grünen diesen Vorstoss eingereicht. Da wird mit «sozialverträglich» und dem Schutz der Natur oder von Zugvögeln argumentiert, dass es einem richtig warm wird ums Herz. Die Anliegen sind ja auch richtig und entsprechen Erwartungen eines grossen Teils der Bevölkerung. Nur steht der Wunsch nach mehr einheimischer erneuerbarer Energie ebenfalls ganz oben auf der Wunschliste der Menschen in unserem Land. Das hat im letzten Jahr sogar die SVP erkannt, als sie zusammen mit der SP, der Mitte und der EVP ein Postulat (*KR-Nr. 238/2022*) eingereicht hat, das mehr einheimische Energieproduktion verlangt.

Dass in der Windkraft ein grosses Potenzial liegt, wissen all jene, die schon mal im Wallis mit dem Velo in die falsche Richtung geradelt sind. Trifft der Wind hingegen von der richtigen Seite auf Windräder an geeigneten Standorten, ist er eine optimale Ergänzung zu anderen Energiequellen, nicht ein Ersatz. Denn immerhin fallen zwei Drittel der Jahresproduktion von Windenergieanlagen ins Winterhalbjahr und könnten zudem bis zu 7 Prozent des jährlichen Strombedarfs decken. Das ist nicht alle Welt, aber es ist auch nichts. Gute Gründe also, um passende Standorte für Windräder zu prüfen. Betroffene sollen bei Standortentscheidungen natürlich einbezogen werden. Aber es kann nicht sein, dass einige Dutzend Einwohnerinnen und Einwohner eines Weilers die saubere Stromversorgung für Tausende von Haushalten versenken können. Und es kann ebenfalls nicht sein, dass einzelne von vielen zu prüfenden Faktoren von vornherein eine seriöse Güterabwägung verhindern. Wenn wir eine solche wirklich ernstnehmen, müssen wir auch über fatale Abhängigkeiten sprechen, auch wenn das Paul von Euw nicht gerne hört, zum Beispiel über Strom aus russischem Gas oder von maroden französischen Atomkraftwerken.

Noch ein Wort zu unseren gefiederten Artisten der Lüfte: Ich teile in jedem Fall die Meinung, dass wir alles dafür tun müssen, dass weniger Vögel durch Windräder zu Tode kommen. Aber wie wir schon gehört haben: Effektiver Vogelschutz ist heute technisch möglich. Und einfach zur Erinnerung: Der grösste Feind sind immer noch die Vierbeiner namens «Katze». Und ob Windräder die Landschaft verschandeln, das ist eine Frage des Standpunktes der Betrachtung. Bei den ersten Viadukten der Rhätischen Bahn haben einige Einheimische vermutlich ebenfalls den Untergang der wunderschönen Bündner Landschaft beschworen. Heute nehmen wir stolz zur Kenntnis, dass diese wagemutigen Bauwerke zum UNESCO-Weltkulturerbe gehören. Dieses Ziel müssen Windenergieanlagen natürlich nicht erfüllen. Sie sollen einfach dort gebaut werden, wo es genügend windet und möglichst wenig stört. Die EVP will eine Stromversorgung mit erneuerbaren Energien. Wir wollen Technologieoffenheit auch in diese Richtung und eine sachpolitisch fundierte Prüfung aller Optionen und möglicher Standorte. Aus diesen Gründen werden wir die Motion 104/2022 weiterhin mittragen und die realitätsferne Motion 227/2023 ablehnen.

Franziska Barmettler (GLP, Zürich): Wie viele Windenergieanlagen sind im Kanton Zürich in Betrieb, im Bau oder im Bewilligungsverfahren? Zero. Dies ist in vielerlei Hinsicht sehr bedenklich. Denn einerseits gibt es nachweislich nutzbare Potenziale im Kanton Zürich. Nach ersten Abklärungen des AWEL (*Amt für*

Abfall, Wasser, Energie und Luft) gibt es 46 Gebiete, die für den Bau von insgesamt 120 grossen Anlagen geeignet wären. Die vorliegende Motion schafft die gesetzliche Grundlage, damit diese Gebiete nach einer genaueren Prüfung in den Richtplan aufgenommen werden können. Eine solche Positivplanung für Windenergie müssen die Kantone gemäss dem Energiegesetz von 2018 im Richtplan vornehmen. Ja, Sie hören richtig, seit 2018 sind wir verpflichtet, festzulegen, wo wir im Kanton Zürich potenzielle Standorte für die Windenergie sehen. Und wir sind jetzt im Jahr 2023 und streiten uns immer noch darüber, ob wir dies überhaupt tun wollen. Mehr Strom aus Windkraft ist vor dem Hintergrund der aktuellen Energiekrise unverzichtbar, denn Windstrom ist Winterstrom. Die Windenergie liefert zwei Drittel ihrer Produktion im Winterhalbjahr, und das zu einer sehr guten Ökobilanz.

Aber wo hapert es denn heute? Gründe für die Blockade sind insbesondere viele Einsprachen, komplexe Bewilligungsverfahren, überlastete Gerichte, und oft wird auch das Gespräch mit den betroffenen Anwohnenden zu spät gesucht. Um den Stein endlich ins Rollen zu bringen, hat das nationale Parlament diesen Juni, analog der Solaroffensive, ein Dringlichkeitsgesetz für die Windenergie beschlossen. Weil wir so einiges verschlafen haben, brauchen wir nun Dringlichkeitsgesetze, auch das ist bedenklich. Aber immerhin scheint sich nun langsam die Einsicht durchzusetzen, dass die Bewältigung des Klimawandels zu wichtig ist, um sinnvollen Projekten für die Nutzung der Windenergie Steine in den Weg zu legen.

Die Grünliberalen fordern weiter, dass der Kanton Zürich Bewilligungsverfahren für Windenergieanlagen sofort strategisch koordiniert und beschleunigt. Den Elektrizitätswerken sowie privaten Genossenschaften sollen günstige Kredite zur Verfügung gestellt werden. Für eine erfolgreiche Energiewende brauchen wir den Beitrag von allen erneuerbaren Energien, inklusive der Windenergie. Diese Technologie kategorisch auszuschliessen, wie dies die SVP fordert, ist nicht zielführend. Oder um es in den Worten von Paul von Euw zu sagen: Besser die Schweiz «verspargeln» als verstrahlen.

Wir überweisen diese Motion und lehnen die Motion der SVP ab.

Ann Barbara Franzen (FDP, Niederweningen): Ich kann gleich zu beiden Motionen sagen, dass es aus der Sicht der FDP heute weder die eine noch die andere braucht. Die eine Motion will ja das Abschöpfen von Windenergie raumplanerisch befördern und die andere will quasi Windenergie verhindern. Beides ist aus unserer Sicht heute nicht angezeigt, und das hängt in erster Linie mit den laufenden Prozessen auf Bundes- und auf kantonaler Ebene zusammen. Bekanntlich handelt es sich ja bei der Frage des Ausscheidens von geeigneten Windgebieten im Richtplan um einen im nationalen Energiegesetz begründeten Bundesauftrag, es wurde bereits gesagt, aus dem Jahre 2018. Und erst dieses Jahr wurde im nationalen Parlament die sogenannte «Lex Windkraft» verabschiedet, die zum Ziel hat, dass Windpark-Projekte schneller als bislang umgesetzt werden können. Das Abschöpfen von Windkraft wird also von nationaler Seite her forciert, und ich muss ja wohl nicht daran erinnern, in wessen Händen dieses Departement ist

(*Bundesrat Albert Röstli, Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation, Mitglied der SVP*). Der Kanton Zürich ist also zurzeit daran, den Auftrag des Bundes umzusetzen und Vorranggebiete für Windenergienutzung zu identifizieren. So hat die Baudirektion 2022 diesen umfassenden Bericht, den Grundlagenbericht Windenergie, vorgelegt, in dem sie definiert, wie die weitere Nutzung der Windkraft im Kanton Zürich vorstatten gehen soll, und in welchem sie aus gesamtkantonaler Optik auch Eignungsgebiete bezeichnet. Dies ist die Vorarbeit für die nächste Phase, in welcher mehr Planungstiefe erreicht werden muss, damit dann tatsächlich die Richtplaneinträge vollzogen werden können. Und bis 2025 läuft nun unter Mitwirkung der betroffenen Gemeinden sowie Natur- und Landschaftsverbänden und der Energiebranche die Ausscheidung und die Standortfestlegung von Eignungsgebieten im Rahmen der Richtplanung. Dabei werden Gunst-, Vorbehalts- und Ausschlussgebiete und möglicherweise auch noch zusätzliche Potenziale identifiziert. Damit ist aus unserer Sicht das Hauptanliegen der Motion von David Galeuchet und Mitunterzeichnen im Grundsatz erfüllt und wir sehen sie als nicht mehr notwendig an.

In Bezug auf die Forderung von Paul von Euw und Diego Bonato (*Altkantonsrat*), die eine realistische Energiestrategie ohne Windparks fordern, sind wir klar der Meinung, dass damit der Bundesauftrag bezüglich Ausscheidung von Eignungsgebieten im Richtplan nicht rechtskonform umgesetzt werden könnte. Denn ein solcher Auftrag auch in Bezug auf Windanlagen kann nur mit einer wie oben bezeichneten fundierten Güter- und Interessenabwägung erfüllt werden. Ein Abkürzen auf diesem Weg gibt es nicht. Daher unterstützen wir auch diese Motion nicht. Klar ist für uns, dass seit der Bekanntgabe der Potenzialgebiete für Windenergie im Oktober 2022 viele Stimmen aus der Bevölkerung laut geworden sind, die eine gewisse Verunsicherung belegen, Verunsicherung über den Prozess, Fragen zum tatsächlichen Potenzial, und es gibt natürlich die mahnenden Stimmen bezüglich Landschafts- und Naturschutz, und von den Freunden der gefiederten Luftakrobaten haben wir auch schon gehört. Wir von der FDP erwarten nun, dass hier von der Regierung rasch Abhilfe geschaffen wird. Dieser Zustand der Verunsicherung ist nicht gut. Wir müssen die beiden geplanten Vorlagen – der Eintrag der Eignungsgebiete in den Richtplan sowie das beschleunigte Planungs- und Bewilligungsverfahren – möglichst schnell hier beraten können und wir erwarten auch, dass die betroffenen Gemeinden zusammen mit der ansässigen Bevölkerung eben abgeholt werden. Für die FDP ist ganz grundsätzlich die Technologieoffenheit ein bewährtes liberales Rezept, und dazu gehört für uns auch die Windenergie, vor allem natürlich in Bezug auf die Stromproduktion im Winter. Diese Versorgungssicherheit ist natürlich gerade aus wirtschaftlicher Sicht zentral. Unsere Bevölkerung, die Unternehmen und das Gewerbe brauchen eine gesicherte und bezahlbare Energieversorgung. Und in diesem Sinne gilt es, alle möglichen Energiequellen zu prüfen und bei Eignung zu erschliessen. Wir sind uns aber bewusst, dass die Windenergie wegen diverser Gründe sicherlich immer wieder auf lokale Ablehnung stossen wird. Grundsätzlich will die FDP bei allen raumwirksamen Aufgaben, wie beispielsweise dem Bau von Anlagen zur Energieerzeugung und dem

Bau von Anlagen zur Entsorgung, beispielsweise KVA (*Kehrichtverbrennungsanlagen*) und Deponien, kritisch hinschauen, aber verantwortungsbewusst handeln. Nur so können wir die aus gesamtkantonalen Sicht wichtigen Aufgaben der Ver- und der Entsorgung gemeinsam lösen, und dazu müssen alle etwas beitragen. Die beiden Motionen lehnen wir ab.

Manuel Sahli (AL, Winterthur): Haben Sie schon einmal die verschiedenen Richtpläne studiert, was dort drin alles zu finden ist? Da finden sich teils auch Projekte weit in der Zukunft, verschiedene Wege, Strassen, Landschaftsschutzgebiete und eben auch Strominfrastruktur, wie beispielsweise Freileitungen. Dies alles findet sich in unserem kantonalen Richtplan im Rahmen einer weitsichtigen Planung auf lange Dauer. Richtig lustig wird es dann übrigens bei den regionalen, kommunalen Richtplänen. Wenn Sie dort noch mehr ins Detail gehen, finden Sie noch viel mehr Sachen, bei denen man sich teilweise wirklich fragt, ob sie dorthin gehören. Wir sprechen hier ja nun von Windenergieanlagen, und dass diese nun, da sie ja auch relevant werden, in welcher Form auch immer in den Richtplan aufgenommen werden müssen, ist klar, da man auch andere Einträge in dieser Form bereits im Richtplan hat. Auch vollziehen wir hier in erster Linie eine Planung, die wir wie auch andere Kantone gemäss Energiegesetz bereits machen müssten. Und es geht hier erst einmal um sogenannte Potenzialgebiete und daher um noch nichts Konkretes. Mit der Annahme einer solchen Planung, liebe Gegner der Windenergie, ist auch noch kein einziges Windrad gebaut, und Sie betreiben hier lediglich ein Schattenboxen in diesem Thema. Die Baudirektion hat hier die entsprechenden Schritte bekanntlich auch schon unternommen. Es ist erfreulicherweise daher bereits alles in die Wege geleitet. Die Debatten, ob die eine oder andere Windkraftanlage an einem spezifischen Standort nun sinnvoll ist, folgt später. Für unsere Klimaziele sind sie aber auf jeden Fall wichtig, da müssen wir auch alle Technologien miteinbeziehen, um diese Klimaziele zu erreichen. Die Alternative Liste wird daher die entsprechende Motion überweisen. Handkehrum werden wir logischerweise das Denkverbot der SVP, die diese Diskussion hier offenbar bereits am Anfang abwürgen will, ablehnen. Besten Dank.

Nicola Siegrist (SP, Zürich): Zuwanderung, Wokeness, Windkraft – die heilige Dreifaltigkeit des SVP-Feindbilds, und die Windkraft ist in dieser Aufzählung eher neu. Widersprüchlich ist die Haltung der SVP jedoch auch hier. Ich zitiere hier aus einer Medienmitteilung der SVP Kanton Zürich vom 31. August 2023, Zitat: «Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis, und das Angebot ist bereits zu klein sowie die Bezugsmöglichkeiten zu unsicher.» Damit bezogen Sie sich auf die Stromproduktion in der Schweiz. Ja, einverstanden, der Strommarkt ist zwar ein bisschen komplizierter, aber grundsätzlich einverstanden. Um die Abhängigkeit von Gas zu reduzieren, zentrales Ziel zur Überwindung der Energiekrise seit 2022, brauchen wir mehr Stromproduktion, und am besten mehr Stromproduktion in der Schweiz. Und hier gebe ich Ihnen ein einziges Mal recht: Sie sagen, dass die Photovoltaik (*PV*) allein nicht reicht, das stimmt. Es braucht neben der Sonnenenergie auch andere Formen der Stromproduktion, und da kommen

wir halt eben zum Wind. Der Wind ist nun halt mal einfach eine äusserst gute Ergänzung zum Solarstrom, insbesondere im Winter. Windenergie ist Winterenergie, das gilt auch in Ihrer Welt, auch wenn das noch nicht ganz angekommen zu sein scheint. Sie von der SVP, Sie möchten das grundsätzlich blockieren. Was Sie mit diesem Vorstoss fordern, ist eigentlich nichts anderes als ein Technologieverbot. Sie haben auch damit begonnen, in unzähligen Gemeinden in diesem Kanton Anträge gegen die Windkraft einzureichen. Ein Beispiel, wo, glaube ich, einige Kantonsrätinnen, wenn nicht alle Kantonsrätinnen und Kantonsräte, vor wenigen Wochen ein Mail erhalten haben, ist die Gemeinde Wildberg. Da wurde ein Vorstoss angenommen, der besagt, dass eine Windkraftanlage zu jedem bewohnten Gebäude mindestens 700 Meter Abstand halten muss. Die Folge davon ist, ich habe das auf der Karte angeschaut: Windkraft ist praktisch auf dem ganzen Gemeindegebiet ausgeschlossen, es wird zur Sperrzone für Windkraftanlagen. Und das Gleiche – einfach noch ein bisschen radikaler – fordern Sie mit Ihrer parlamentarischen Initiative (*KR-Nr. 269/2023*), die nicht heute Thema ist, aber in diesem Kantonsrat demnächst diskutiert wird. Der heute vorliegende Vorstoss ist wenigstens vollkommen ehrlich, er sagt einfach: Keine Windkraft im Kanton Zürich. Die SVP bleibt aber leider trotzdem heuchlerisch, diesen SVP-Vorstoss muss man ablehnen.

Stattdessen brauchen wir unsere Motion, die zum Ziel hat, die verschiedenen Interessen zusammenzuführen für Natur und Landschaft und für die Stromversorgungssicherheit. Zwei Punkte jedoch zum Abschluss:

Erstens: Am 11. Juli 2022 hat die SVP zwei Vorstösse eingereicht, und das ist bemerkenswert. Der eine Vorstoss ist jener zum Stopp für die Windkraft im Kanton Zürich, der andere, 238/2022, mit dem Titel «Inland vor Ausland beim Ausbau von erneuerbaren Energieerzeugungsanlagen», enthält den Auftrag «Der Kanton soll dafür sorgen, dass die staatlichen und staatsnahen Energieunternehmen erneuerbare Stromproduktionen in der Schweiz priorisieren». Wie gesagt, beide wurden am gleichen Tag eingereicht. Wie Sie diese beiden Forderungen zusammenbringen wollen, dafür braucht es wirklich viel Kreativität, da bin auch ich überfordert.

Zweitens, ein Tipp an die SVP: Sie nehmen das nicht gern von mir an, aber ich glaube, er hat einen gewissen Aktualitätsgrad, und ich glaube, er hilft. Was geschieht, wenn man sich im Wesentlichen auf Anti-Wind fokussiert, hat sich gestern (*bei den eidgenössischen Wahlen*) gezeigt: Die ehemalige Gemeindepräsidentin T.S. aus H. (*gemeint ist Nationalrätin Therese Schläpfer, SVP, Hagenbuch*) wurde abgewählt. Es wäre doch schade, würden Sie aufgrund Ihres Widerstands gegen Stromversorgungssicherheit weitere altgediente Parlamentsmitglieder verlieren. Lehnen Sie die Motion der SVP ab, nehmen Sie unsere an. Herzlichen Dank.

Karl Heinz Meyer (SVP, Neerach): Ich fühle mich ein bisschen angesprochen von Nicola Siegrist, hatte ich doch aus eigener Initiative in Neerach mal angeregt, ein Windrad beim Reservoir einzurichten. Bekanntlich sind Reservoirs immer in der Höhe und dort bläst auch kontinuierlich ein Wind. Wir haben das angeschaut und

wollten Messungen machen, 10'000 oder 15'000 Franken ausgeben für dieses Projekt und Messungen machen, ob sich das lohnt. Dann haben wir gesagt «okay, bevor wir dieses Geld ausgeben, machen wir mal eine Anfrage bei der Baudirektion». Es geht eine Hochspannungsleitung dort durch. Es hat eine Handy-Antenne, die dort am Standort ist. Die postwendende Antwort der Baudirektion war: nicht bewilligungsfähig. Also Sie sehen, wir sind nicht per se gegen Windenergie, aber man muss auch die Voraussetzungen schaffen dafür. Besten Dank.

René Isler (SVP, Winterthur): Zum Sprecher der SP zwei Anmerkungen: Man kann auch für die Windkraft sein, aber auch das kann schädlich sein. Denn M.S. aus U. (*gemeint ist Nationalrätin Meret Schneider, Grüne, Uster*) wurde ja auch abgewählt. Und als kleiner Trost vor allem auch an die Grünen, vielleicht habt ihr noch nicht realisiert, was eigentlich schon seit den Kantonsratswahlen geschieht mit euch: Ihr seid im Sinkflug, ich habe es heute mit einer Kollegin von Ihnen besprochen. Sie können einfach keine Energiewende nur aus ideologischen Gründen herbeirufen, nehmen Sie die Bevölkerung mit. Und wenn Sie so explizit der Bevölkerung etwas auf das Auge drücken wollen, dann geschieht genau das, was Anfang dieses Jahr bei den Kantonsratswahlen geschehen ist und was jetzt in übermässigem Mass auch wieder diesen Herbst, also gestern, an diesem Wochenende geschehen ist: Die Bevölkerung hängt ab.

Und ich bin mir gar nicht sicher, ob Sie wissen: Wir machen auch auf Doppelmoral. Ich gehe sehr oft in den Südschwarzwald oder Oberschwarzwald wandern. Und gehen Sie mal nach Bonndorf, ich finde das noch ziemlich speziell. Wir drücken den Südamerikanern bald monatlich aufs Auge, dass sie den Amazonas abholzen und auf Teufel komm raus die Grüne Lunge der Welt zerstören werden. Jetzt gebe ich Ihnen einfach einen Tipp, das können Sie locker machen, auch mit dem Fahrrad ist es wunderschön. Jetzt fahren Sie mal allgemein in Richtung Bonndorf. Das können Sie nicht verfehlen, denn die Windräder, die sehen Sie, die stehen mitten im Wald. Und dann gehen Sie mal und schauen, wie viel Wald man dort für immer und ewig zerstört. Denn diese Riesenwindkrafträder brauchen ein Fundament, da wird riesiges Walderdreich abgetragen. Dann wird zubetoniert, etwa 250 Quadratmeter Beton verbaut für ein einziges Windrad. Gehen Sie das mal anschauen, denn das ist doch die Doppelmoral. Den Südamerikanern, Brasilianern, Argentinern, Chilenen drücken wir aufs Auge und sagen: Holzt den Amazonas nicht ab! Und was machen wir? Also wenn ich den Plan anschau – Herr Baudirektor, Sie können jetzt schon süffisant lächeln –, verbauen wir einfach mit jedem Windrad entweder Kulturland oder Agrarland oder Wald. Das verbauen wir – Punkt fertig. Und das ist für immer vorbei, denn wir müssen ja ein Fundament machen, sonst halten ja dann diese 100 oder 120 Meter hohen Windräder nicht, sondern fallen um, so ein bisschen wie Zündhölzer. Sie können uns schon irgendetwas unterstellen, aber einfach zum Schluss noch einmal: Nehmen Sie doch die Bevölkerung mit! Und wenn Sie einmal in diesem Schwarzwald sind, gehen Sie mal in die Nähe dieser Windkrafträder, die können Sie besuchen. Einfach irgendwann können Sie nicht mehr diskutieren mit Ihrer Partnerin oder mit Ihrem Partner, denn wenn der Wind richtig weht, ist durch die Rotationsbewegung

das Pfeifen in diesen Windrädern kaum zum Aushalten. Und jetzt wollen Sie das tatsächlich der Bevölkerung auf das Auge drücken? Ich kann Ihnen sagen, auch dem Herrn Baudirektor, Sie können noch so süffisant lächeln: Das letzte Wort hat immer noch das Volk und ich bin mir nicht sicher, ob das Volk bei Ihrer Ideologie mitmacht.

Paul von Euw (SVP, Bauma) spricht zum zweiten Mal: Wir befinden uns etwas in einem Mikrokosmos. Es ist mir bewusst, wir sprechen über Windkraftanlagen im Kanton Zürich, über Windkraftanlagen, welche durch den Vorgänger von Herrn Neukom (*Altregierungsrat Markus Kägi*) noch als völlig ungeeignet betrachtet wurden. Und das war nicht nur der Vorgänger, sondern da gibt es eine wissenschaftliche Studie dafür. Da, dünkt es mich doch, wird ein gewisser Idealismus zutage gebracht. Wir müssen uns aufs Wesentliche konzentrieren. Es ist brandgefährlich, wenn Leute, welche von Energie keine Ahnung haben, hier drinnen sprechen und uns ins Verderben reiten. Und das geschieht, es tut mir leid, dass ich das so deutlich sagen muss. Das Hauptargument ist: Die Windenergie bringe im Winter verhältnismässig viel mehr als im Sommer. Ja, wenn sie wenig bringt von wenig und noch weniger im Winter, dann bringt es gar nichts. Hören Sie bitte auf! Arbeiten Sie nicht mit relativen Zahlen mit ein Drittel/zwei Drittel, sondern nehmen Sie die produzierten Terawattstunden. Und dann sehen Sie, dass wir mit dieser Ideologie, mit diesem Vorgehen in ein Desaster laufen, nicht nur im Kanton Zürich, nicht nur in der Schweiz, sondern auch in Deutschland und in Österreich. Ich kann Ihnen sagen, in Europa haben sich 16 Länder – und jetzt breche ich wieder dieses Tabu – zu einer europäischen nuklearen Union zusammengeschlossen, mit dem Ziel, 50 Prozent mehr Kernkraftleistung bis 2050 im europäischen Netz zur Verfügung zu stellen. Wer ist nicht dabei? Deutschland, Österreich und die Schweiz. Wir rennen einer Ideologie hinterher, die zwar schön ist, und ich möchte noch einmal betonen: Ich bin nicht gegen Windkraftanlagen, ich bin gegen Windkraftanlagen dort, wo sie nichts bringen.

Zum Winterstrom: Es kommt mir vor, als bräuchten wir Winterkraftwerke und Sommerkraftwerke, das hatten wir in der Geschichte der Schweiz noch nie. Jetzt hat unter der grünen Politik, welche da relativ viel hinten hintennach rennt, ein Gesinnungswandel stattgefunden. Haben Sie denn auch ein Winterauto und ein Sommerauto? Also ich vermag das nicht, ich kann mir nicht zwei Autos leisten. Ich leiste mir ein Auto, muss aber auch nur ein Auto abschreiben. Wenn ich zwei Autos brauche, aber jeweils nur mit einem fahre, dann ist das gleich wie bei den Kraftwerken: Wenn wir Winter- und Sommerkraftwerke haben, können wir die Kraftwerke entweder im Winter oder im Sommer über die Stromproduktion abschreiben, und das zeigt Ihnen die Rentabilität der bestehenden Windkraftanlagen. Diese Anlagen rentieren nicht, konsultieren Sie sämtliche Zahlen von sämtlichen Windkraftanlagen, diese rentieren nicht ohne massive Netz-Einspeisevergütungen eines X-fachen von dem, was die Anlagen effektiv produzieren und einen Wert erzeugen. Nun, was passiert? Wenn wir Anlagen subventionieren, massivst subventionieren ohne Gegenwert, dann erhalten wir eine Teuerung, dann wird der Strom teurer. Der Strom ist nächstes Jahr für einen Haushalt viel teurer,

Haushalte, die auch über Wärmepumpen verfügen. Diese Zahlen, die Sie da lesen von der Baudirektion, von den Elektrizitätswerken des Kantons Zürich, diese Zahlen beziehen sich auf vierköpfige Haushalte ohne Warmwassererwärmer, also ohne Elektroboiler und ohne Wärmepumpen. Beides wird zukünftig massiv anders. Wir sprechen nicht mehr von 3500 Kilowattstunden, sondern von 10'000 Kilowattstunden pro Haushalt. Und wenn wir Kraftwerke produzieren, welche so massiv subventioniert werden, dass sie eine Teuerung herbeirufen, dann kostet das die vierköpfige Familie im kommenden Jahr mehr als das Doppelte, als was diese Familie noch im letzten Jahr bezahlt hat. Und wir produzieren europaweit zu wenig Strom, nicht nur in der Schweiz.

Darum möchte ich Ihnen sagen, helfen Sie uns, brechen Sie ihr Tabu «Kernkraftwerke»! Denn ich kann Ihnen sagen: Die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) hat eine Studie gemacht, welche Energieproduktion in Bezug auf Treibhausgase die sauberste ist. Das ist eine Studie der ZHAW. Es ist nicht die Windkraft, es ist nicht die Wasserkraft, es ist die Kernkraft. Und wenn Sie saubere Energie möchten, dann müssen wir wirklich wieder über dieses Thema diskutieren und uns nicht wieder mit diesen Ideologien in eine Strommangelage ... (*Die Redezeit ist abgelaufen.*)

Thomas Wirth (GLP, Hombrechtikon): Ich danke Paul von Euw, dass ich jetzt gleich nach ihm sprechen darf, denn so viel Unsinn habe ich selten gehört, und das gibt mir jetzt doch die Gelegenheit, das gleich zu korrigieren. Unabhängig davon, welche Studien wir eigentlich konsultieren: Sobald es unabhängige Studien sind, stellen wir fest, dass Solar- und Windenergie zu den absolut günstigsten Energien gehören bezüglich der Stromgestehungskosten. Es ist also genau so, dass dieser Strom, den Sie bekämpfen, der günstigste Strom ist und damit einen Beitrag zu einer sicheren und günstigen Stromversorgung leisten kann.

Jetzt sagen Sie hier – und das ist, glaube ich, ja eigentlich der Hintergrund dieses ganzen Postulats – «wir sind nicht dagegen». Aber Sie reichen eine Motion ein, dass man dagegen ist und dass man es verbietet. Aber die Motivation dahinter scheint einfach: Wir bräuchten ein Revival der Kernkraft. Die Kernkraft muss massiv subventioniert werden, beispielsweise bezüglich der Endlagerung oder weil die Risiken nicht gedeckt werden. Denn sobald wir eine Vollkostenrechnung machen, wird sich die Kernkraft nicht mehr rechnen.

Jetzt haben wir also eigentlich die günstigste Stromproduktion mit der Sonne im Sommer und mit dem Wind im Winter. Also diese beiden Stromträger ergänzen sich wunderbar. Es ist eine günstige und gute Lösung, das zu machen, und wir sollten das verfolgen. Und ja, klar, Windenergie hat Herausforderungen, das stimmt, wie selbstverständlich auch alle anderen Energieträger, wie es auch erwähnt wurde. Beispielsweise Vögel oder Fledermäuse können dadurch gestört werden oder es gibt beispielsweise den Stroboskopeffekt, der sehr stark störend sein kann. Und was auch zur Sprache kam, ist, dass ein Windrad ein Fundament braucht. Ja klar, es braucht ein Fundament, aber jede Energieanlage braucht irgendwelche baulichen Massnahmen. Windenergie werden wir später relativ einfach wieder zurückbauen können, wenn das dann vorbei ist.

Sie haben auch gesagt, wir sollen die Bevölkerung mitnehmen. Aber zum Bevölkerung-Mitnehmen gehört es doch auch, dass wir ehrlich sind, dass wir also sagen, was günstig ist. Und wenn wir sagen «es ist uns egal, wenn es teuer wird, wir möchten diese Subventionen für die Kernenergie», dann seien Sie doch bitte so ehrlich. Und dann sagen Sie noch «wir wollen keine Sommer- und Winterstromkraftwerke». Es ist in der Schweiz schon länger der Fall, dass wir im Winter importieren und im Sommer Strom exportieren. Also wir haben das eigentlich bereits auch bei anderen Energieträgern. Und die Kernkraft müssen wir übrigens dann im Sommer häufig reduzieren, weil wir beispielsweise zu wenig Kühlwasser haben, um diese Anlagen zu kühlen. Also wir brauchen ein System und Windenergie gehört in dieses System rein. In diesem Sinn bitte ich Sie, stimmen Sie der Motion zu, dass wir diese Gebiete eintragen, und lehnen Sie das Technologie-Verbot der SVP ab.

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Paul von Euw wurde direkt angesprochen und wünscht das Wort dazu.

Paul von Euw (SVP, Bauma): Herr Wirth hat mir gesagt, ich hätte da einen «Chabis» erzählt bezüglich Preis. Ich möchte Ihnen das Beispiel Dänemark nennen. Dänemark hat am meisten Windenergieproduktion in Europa und hat die teuersten Strompreise. Besten Dank.

Stefanie Huber (GLP, Dübendorf): Ich habe fünf Jahre lang intensiv auf der sozialen Akzeptanz von Windenergie gearbeitet, darum erlaube ich mir noch ein paar Ergänzungen zu meinen Kollegen aus der Fraktion: Es ist nicht die Windenergie, die unsere Landschaft «verspargelt» und die wichtigsten Naturschutzgebiete kaputt macht. Ich verweise auf die anstehende Abstimmung, die wir über den Autobahnausbau führen werden, da spielen die paar Windkraftanlagen wirklich keine Rolle.

Wissenschaftliche Studien, Herr von Euw, aus der Ära Kägi zu zitieren, können wir uns, glaube ich, sparen. Die Energiewelt hat sich extrem weitergedreht, diese Studien sind schlicht und einfach überholt. Wir brauchen eine Energieversorgung, die auf vielen verschiedenen Produktionsarten basiert. Wir werden den Wind als Teil dieser neuen Energiewelt brauchen, Sie können sich jetzt dagegen sperren. In den sozialen Medien, wenn ich diskutiert habe, dass man wählen gehen sollte, egal was, Hauptsache wählen, kam häufig «wir brauchen Politiker, die Lösungen suchen, die nicht nur wettern» und dass wir arrivierten Politiker und Politikerinnen dies nicht mehr könnten. Liebe SVP, Sie haben gestern gewonnen. Nehmen Sie den Auftrag der Bevölkerung wahr, suchen Sie mit uns nach Lösungen. Zur Windenergie einfach Nein zu sagen, wie Sie das mit Ihrem Vorstoss machen, ist keine Lösungssuche. Unser Ansatz hingegen, Interessengebiete auszuarbeiten und ganz klar zu sagen, wo es eben Sinn macht und wo nicht, das ist eine Lösungssuche. Und ich bitte Sie, hier mitzuarbeiten und nicht einfach pauschal Technologien abzuwerten. Die Bevölkerung kann man beim Wind mitnehmen, es gibt auf der ganzen Welt Beispiele, wo dies geschafft wurde. Ganz wichtig sind

hier die Gemeinden. Und die Zürcher Gemeinden werden gefordert sein, sich in mit diesem Thema auseinanderzusetzen und zusammen mit ihrer Bevölkerung und den Projektentwicklern Lösungen zu suchen. Ich bin gerne bereit, hier Beispiele zu geben, das ist hier nicht die Debatte dazu. Vielen Dank für das Abstimmen in unserem Sinn.

David John Galeuchet (Grüne, Bülach) spricht zum zweiten Mal: Gerne möchte ich auch auf Paul von Euw replizieren, weil es wirklich unmöglich ist, was wir uns hier anhören mussten. Die Transition aus dem Erdölzeitalter fällt der SVP unheimlich schwer. Zum Wind verhalten Sie sich, wie Sie sich vor zehn Jahren zur Solarenergie verhalten haben: völlig ablehnend, Technologieverbot. Heute sind Sie bei der Sonnenenergie auf Kurs, und ich sage Ihnen, in zehn Jahren wird die SVP auch für Windenergie sein, weil sie sieht, dass es gar keinen anderen Weg gibt.

Und Herr von Euw, gerne nehme ich Sie beim Wort, wenn Sie jetzt neu Landschaftsschützer und Vogelschützer sind, dann heisse ich Sie willkommen an unseren Ausflügen, die wir hier in den parlamentarischen Gruppen machen, dann sind Sie herzlich willkommen, damit Sie dazu auch mehr erfahren und sich – vielleicht mehr als im Energiebereich – ein gewisses Know-how erarbeiten können. Ein Technologieverbot, das Sie anstreben, und wenn Sie Studien anführen, die schon uralt sind – die technische Entwicklung bei den Windrädern war immens in den letzten Jahren, also da haben wir sehr viele Fortschritte gemacht – und wenn Sie sagen, dass es sich nicht lohnt, Windenergie abzuholen im Kanton Zürich, mit Ihren Argumenten hätten wir so auch nie Wasserkraft nutzen dürfen. Das Potenzial ist gleich gross, Herr von Euw, gleich gross. Dann sagen Sie «wir haben genügend Energie im Kanton Zürich». Das ist völliger Humbug, den Sie hier erzählen. Heute wird in der Schweiz 80 Prozent der Energie importiert. Allenfalls verwechseln sie Strom und Energie, Herr von Euw, 80 Prozent der Energie stammt aus dem Ausland. Das wollen wir ändern. Wir wollen einheimischen Strom. Wir wollen Bauern ermöglichen, dass sie Solaranlagen errichten. Wir wollen den Gemeinden ermöglichen, dass sie in Zukunft an Windanlagen partizipieren.

Dann ganz kurz zu Barbara Franzen. Es freut mich, dass sie beim Wind dabei sind. Was Sie aber nicht begriffen haben, ist, dass wir hier Rahmenbedingungen für die Natur setzen wollen. Das ist uns unheimlich wichtig, dass das im Richtplan festgehalten wird. Gut, damit schliesse ich.

Christoph Marty (SVP, Zürich): Mir kommt hier die technische Komponente dieser ganzen Frage zu kurz. Also erinnere ich jetzt einfach einmal daran, dass ein AKW wie Leibstadt letztes Jahr fast 10'000 Gigawattstunden Strom produziert hat. Jetzt wollen wir mal zusammen ausrechnen, wie viele Windkraftanlagen mit der Leistung zum Beispiel von derjenigen auf dem Nufenen wir bauen müssen, um ein solches AKW zu ersetzen: Im Jahr 2021 leistete der Windpark Gries 5'824'871 Kilowattstunden. Teilen wir diese durch vier, sind dies pro Anlage rund

1,5 Millionen Kilowattstunden. 9'753 Gigawattstunden – die des AKWs – entsprechen 9'000'753'000 Kilowattstunden. Also der langen Rede kurzer Sinn: Wir bräuchten von diesen Windkraftanlagen rund 2000 Stück, um das zu ersetzen, was ein AKW bringen würde. Im Kanton Zürich, wenn wir das mit der theoretischen Leistung rechnen würden, bräuchten wir etwa 400 Stück, um so etwas zu ersetzen. Nur mit der theoretischen Leistung läuft das nicht. Also die Windkraftanlage wird nie die Leistung generieren, für die sie theoretisch ausgelegt ist, wie das Auto mit 200 PS. Wenn Sie im Stau stehen, brauchen Sie auch keine 200 PS. Wir bräuchten also effektiv etwa 1000 Windkraftanlagen, um so ein AKW zu ersetzen, und das soll günstiger sein als Atomstrom? Da kann ich nur fragen: Was träumen Sie in der Nacht, wenn Sie schlafen? Das wird nie aufgehen – nie und nimmer. Das wird unbezahlbar für uns alle.

Rosmarie Joss (SP, Dietikon): Eine kleine Bemerkung zu René Isler: Die Wahlen gestern hat in diesem Kanton immer noch die SP gewonnen.

Ich habe festgestellt, die SVP findet AKWs schön. Das darf sie. Aber deswegen muss die SVP auch nicht unbedingt gleich die Windkraft im Kanton Zürich verunmöglichen. Und haben Sie nicht so Angst vor der Windkraft im Kanton Zürich, denn wenn sie so wenig Potenzial hat, wie Sie jetzt behaupten, dann wird sie Ihr schönes AKW ja auch nicht gefährden.

Dann zum Strompreis: Ja, der wird nächstes Jahr steigen, und wir wissen auch wieso. Er steigt einerseits, weil es den Auftrag gab, eine Wasserkraftreserve zu schaffen, zu einem Zeitpunkt, in dem die Preise sehr hoch waren. Und es steigt deshalb, weil die Grundversorger im freien Markt die elektrische Energie beschaffen müssen. Und wenn ein Markt etwas Panik hat und es ist ein grundessenzielles Gut, dann führt das halt dazu, dass im Panikmarkt die Preise etwas explodieren. Und das Gut muss trotzdem gekauft werden, deshalb steigen die Energiepreise. Denn wir hatten letztes Jahr einfach schlicht und ergreifend ein gewisses Marktversagen.

Dann wurde gesagt, es würde ja niemand ein Kraftwerk nur für einen Teil des Jahres bauen. Früher wurde ja von der SVP gesagt, PV sei sowieso für nichts, das haben wir schon gehört. Aber PV ist übrigens auch nur für den Tag gebaut. Sogar Sie haben in der Zwischenzeit kapiert, dass es trotzdem sinnvoll ist, PV-Anlagen zu bauen, auch wenn sie in der Nacht nicht produzieren. Es macht trotzdem Sinn, auch wenn sie nur im Schnitt für die Hälfte des Tages gebaut sind. Und gehen Sie mal in die Alpen, dort sehen Sie dutzendweise Winterkraftwerke. Was ist denn ein Speicherkraftwerk? Die Wasserkraft produziert 48 Prozent der Energie im Winter. Wieso? Weil wir Saisonspeicherkraftwerke haben. Die sind tatsächlich in der Amortisation etwas schlechter als ein Laufwasserkraftwerk, das ewig produzieren kann, aber sie sind trotzdem sinnvoll und es wurden auch etliche davon gebaut. Denn die meisten Speicher, abgesehen von einem Muttsee oder Nant de Drance, Emosson, die Tages- und Wochenspeicher sind, sind die meisten Speicherkraftwerke als Saisonspeicherwerke ausgelegt. Das heisst, man versucht mit vollen Speicherseen in den Winter zu kommen, leert diese über das Winterhalbjahr. Und das Wasser, das grösstenteils halt im Sommer kommt, turbinieren man

dann, wenn es möglichst viel Energie gibt. Also wir haben sehr viele Kraftwerke, die nur für einen Teil der Tageszeit oder der Jahreszeit Energie produzieren. Und es ist eben genau der Witz der Sache, dass wir viele unterschiedliche Kraftwerkstypen haben, die einander ergänzen können. Und hier sagen zu wollen, man wolle einen Typ im Kanton Zürich nicht haben, ist irgendwie etwas weltfremd. Zumindest freuen wir uns, dass wir eine Stimme aus der SVP für unsere Motion erhalten werden. Denn es wurde ja gewünscht, dass Windkraftwerke bewilligungsfähig werden. Und ich glaube, die Motion Galeuchet wird genau für die Bewilligungsfähigkeit der Windkraft viel bringen. Herzlichen Dank.

Ann Barbara Franzen (FDP, Niederweningen) spricht zum zweiten Mal: Eine ganz kurze Replik auf dich, geschätzter David Galeuchet. Du hast gesagt, ich hätte es nicht ganz begriffen, es ginge da um Rahmenbedingungen für die Natur. Nun ja, vielleicht ist das dann tatsächlich so, aber für mich sind eigentlich die Rahmenbedingungen für den Naturschutz im NHG, im Natur- und Heimatschutzgesetz, festgelegt. Über diese akademische Frage müssen wir hier aber nicht streiten. Für uns ist klar, dass bei allen Richtplänen sowohl das nationale Natur- und Heimatschutzgesetz wie auch die kantonalen Rahmenbedingungen, die gesetzlichen Rahmenbedingungen, eingehalten werden müssen. Für das gibt es bei jedem solchen Projekt auch eine UVP (*Umweltverträglichkeitsprüfung*) Und ich wiederhole mich auf der etwas übergeordneten Ebene sehr gerne nochmals: Für uns ist die Versorgungssicherheit ein sehr hohes Gut, und auf dem Weg zur Transformation unserer Energielandschaft – ich benutze hier explizit das Wort «Landschaft» – da müssen wir offen sein gegenüber allen technologischen Lösungen. Es braucht eine pragmatische Betrachtung gegenüber allen Technologien bezüglich ihrer Gunst, aber auch bezüglich ihres Nutzens, aber auch bezüglich der Ausschlusskriterien. Besten Dank.

René Isler (SVP, Winterthur) spricht zum zweiten Mal: An den Sprecher der GLP, man müsse mit der Bevölkerung ehrlich sein: Da beginnt ja schon das Elend. Sie mögen sich schon noch erinnern, eine Dame, damals noch aus der CVP (*Altbundesrätin Doris Leuthard*), später eine Bundesrätin der SP (*Altbundesrätin Simonetta Sommaruga*), die einmal gesagt hat, als wir gesagt haben «wenn wir diesen ökologischen Unsinn vorwärtstreiben wollen, dann explodieren die Energiepreise». Sie machen heute die Politik für diese zu hohen Energiepreise, aber man hat ja gesagt, dass koste pro Haushalt und vierköpfige Familie nicht mehr als 40 Franken pro Jahr. Heute sind wir bald beim Zehn- oder Fünfzehnfachen. Also einfach den Ball tief halten, liebe GLP. Und deshalb ist auch das Unbehagen in der Bevölkerung. Ich kann es nur nochmals postulieren: Denken Sie einfach an die Bevölkerung, nehmen Sie diese mit, sonst scheitern Sie noch mehr. Also wenn man der Bevölkerung sagt «die Energiewende kostet euch eigentlich nichts, mit 40 Franken seid ihr dabei» und das kommt vom Bund, von mittlerweile zwei Bundesrätinnen, und jetzt sehen wir, was auf uns zukommt. Also die Stadt Winterthur hat das ja auch gemacht, indem man gewisse Stromtypen gar nicht mehr kaufen kann, obwohl diese noch im Netz wären. In seiner Antwort schreibt dann der

Stadtrat: «Aufgrund der Marktsituation steigen die Stromtarife durchschnittlich um 32 Prozent pro Haushalt.» Das Parlament in Winterthur hat also den linksgrünen Stadtrat von Winterthur beauftragt, eine neue Stromenergiestrategie auszuarbeiten. Diese ist jetzt auf dem Tisch und man kann den günstigsten Strom, der auch die tiefsten Einkommen dieser Stadt noch hätte stützen können, nicht mehr beziehen. Denn der graue Strom, der ist ja immer noch vorhanden, man darf ihn einfach nicht beziehen. Und der Preis steigt jetzt einfach im Schnitt um 32 Prozent, liebe Grünliberale oder Hellgrüne und Dunkelgrüne und liebe Sozialdemokraten, wie auch immer ihr das nennen wollt. Das ist politisch verursacht, ihr wollt ja gar keine günstigen Energien mehr. Vor allem haben wir ja diese Energie, aber ihr wollt das gar nicht mehr. Also der kleine Mann muss im Minimum – so der Entscheid des Stadtrates von Winterthur – 32 Prozent höhere Energiepreise zahlen, und das vorsätzlich und mit Absicht. Ich habe fertig.

Elisabeth Pflugshaupt (SVP, Gossau): Ich gebe meine Interessenfindung bekannt: Ich bin im Verwaltungsrat eines kleinen EW (*Elektrizitätswerk*) in Gossau. Ich habe jetzt viel gehört über die Kostenwahrheit, aber ich habe noch nicht gehört, wie man den viel produzierten Strom durch Wind oder Solar oder was auch immer überhaupt speichern will. Ich weiss nur, dass wir heute die Situation haben im Sommer, dass zum Teil zu viel Strom produziert wird, der nicht verwendet werden kann. Und die Solaranlagen auf den Alpen, die doch eigentlich für den Winter vorgesehen sind, nicht gebaut werden können aus verschiedensten Gründen. Aber hauptsächlich ist es doch auch noch die Vollkostenrechnung, die nicht gemacht wird, indem wir sagen, wie man den Strom speichern will. Und vor allem müssen wir das Verteilnetz dazu noch bauen. Es kann den Strom gar nicht aufnehmen, so wie es heute dasteht. Also diese Kosten kommen alle noch dazu. Das wollte ich einfach nur noch sagen, dass man hier die ganze Vollkostenrechnung machen muss. Ob man nun dafür oder dagegen ist, ist in diesem Punkt nicht einmal so relevant, sondern: Was kostet es wirklich? Das wollte ich noch sagen.

Urs Glättli (GLP, Winterthur): Eine kurze Replik auf René Isler, Winterthur: Lieber René Isler, nehmen Sie das Volk, also die stimmberechtigten Schweizer Stimmberechtigten, ernst, vor allem auch in Winterthur. Sie bedauern, dass das Stromprodukt «Grau» in Winterthur aus dem Angebot gestrichen wurde. Ja, in Winterthur, René Isler, hat das Volk, also Ihr Volk oder die Stimmberechtigten der Stadt, längst den Ausstieg aus der Atomkraft als Ziel in der Gemeindeordnung oder in einem Grundsatzentscheid verankert. Und das ist der Grund, dass man diesen Volksentscheid ernst nimmt und deshalb in der Konsequenz auch das Stromprodukt «Grau» gestrichen hat. Bleiben wir doch beim Willen der Stimmberechtigten. Herzlichen Dank.

Ratspräsidentin Sylvie Matter: René Isler wurde auch persönlich angesprochen, er darf mit zwei Sätzen replizieren.

René Isler (SVP, Winterthur): Lieber Kollege der GLP, du weisst das, ich habe dir das schon einmal vorgerechnet, noch im alten Gebäude, also in Oerlikon (*gemeint ist das Provisorium in Oerlikon, wo der Kantonsrat während der Corona-Pandemie getagt hat*): An diesem Sonntag, als die Winterthurer Bevölkerung auch das CO₂-Gesetz mit über 66 Prozent angenommen hat, hat dieselbe Bevölkerung vom Goldstrom, also vom ökologischen Strom, genau mal 2,5 Prozent bezogen. Aufgerundet 2,5 Prozent der Bevölkerung hat diesen Ökostrom bezogen. Sie haben gesagt «wir wollen etwas tun dagegen», also 64 Prozent, gerundet, oder 63 Prozent haben sich in die eigene Tasche gelogen. Man kann schon so Politik machen und sagen «wir wollen diesen grauen Strom nicht», aber heute schimpfen oder klagen alle Parteien, alle Haushalte «unsere Energie ist zu teuer». Ihr müsst halt auch mal hingehen und sagen: «Wenn ihr dieses Produkt wollt» – und das ist wieder die Mitnahme der Bevölkerung, die postuliere ich jetzt schon den ganzen Morgen –, «wenn ihr das wollt, dann hat das dieses Preisschild. Das, was ihr wollt, kostet so viel.» Nur zu sagen «wir machen eine Alternativenergie, wir machen Windräder, wir machen Solarstrom», das ist alles recht und gut, aber sagen Sie der Bevölkerung, den Familien, den Einzelpersonen, den Jungen, den Alten, was das Preisschild ist. Und da haben sich ja die Winterthurer in die eigene Tasche gelogen. 66 Prozent sagen «Ja, wir wollen das» und 2,5 Prozent beziehen das. Das gibt doch eine Differenz. So hinterhältig kann man eigentlich gar nicht politisieren.

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach): Wir Grüne fragen uns immer, wenn etwas etwas kostet: Was ist es uns wert? Was bekommen wir dafür? Und wenn Sie hier jetzt von Preisen reden, die durch den Ukraine-Krieg und den Ausfall des russischen Gases in die Höhe getrieben worden sind, dann schieben Sie den Falschen die Schuld in die Schuhe, wenn Sie auf uns und die Grünliberalen und die Sozialdemokraten einzudreschen versuchen. Da müssen Sie auf jemanden ganz anderen eindreschen. Also: Was ist das Preisschild und was bekommt man dafür? Wir bekommen Unabhängigkeit von den fossilen Energieträgern, und das ist uns sehr viel wert. Das ist uns nämlich unsere eigene Versorgungssicherheit wert; das ist das, was wir damit bekommen. Das zweite ist: Wenn wir sämtliche erneuerbaren Energieträger, die sich rasch aufstellen lassen, Energiegewinnungsmethoden, die sich rasch aufstellen lassen, innerhalb von kurzer Zeit, wenn wir darauf zugreifen, dann bewegen wir in den nächsten Jahren etwas. Wenn wir ein AKW der x-ten Generation bemühen – ich weiss nicht, wie viele Generationen Sie von der anderen Seite schon bemüht haben, ich glaube, Sie sind jetzt bei fünf oder sechs, ich habe einfach noch nie eines von diesen AKW gesehen, das sind Träume –, wenn wir diese AKW immer wie bemühen, wie Sie es machen, dann verschieben wir das Problem einfach in eine unabsehbare Zukunft. Und Sie wollen dann der Bevölkerung sagen, sie treten für Versorgungssicherheit im Strombereich ein, mit Utopien, die wir heute noch nicht kennen.

Wir Grüne treten für Windkraft ein, weil das eine der vielen Lösungen ist und wir ein Windkraftpotenzial haben in unserem Kanton. Sie glauben ja nicht, dass der

Wind an der Grenze aufhört, oder? Ich war selber neulich in Verenafohren (*Windpark in Süddeutschland*), und die Kraftwerke sind gelaufen, sie sind gut gelaufen. Und ich habe gelesen, dass sie 20'000 Haushalte pro Jahr versorgen, mit einem einzigen Windrad, wenn ich das richtig verstanden habe. Glauben Sie also, wir in der Schweiz, einfach ein paar Kilometer weiter südlich, sollten auf dieses Windpotenzial verzichten? Für uns Grüne ist es entscheidend – und das hat mein Kollege Galeuchet jetzt mehrfach betont –, dass wir die Naturschutzwerte und die Landschaftsschutzwerte eben berücksichtigen. Deshalb wollen wir nicht Potenzialgebiete – Potenzialgebiete könnten wir im ganzen Kanton machen –, sondern wir wollen Eignungsgebiete. Und «Eignung» bedeutet eben auch, dass es sozial- und bevölkerungsverträglich ist, dass es landschaftsverträglich ist und dass es naturverträglich ist, die Aufstellung von Windenergie. Und wenn wir das alles erreicht haben und dahinterstehen können, dann sollten wir diese Windenergieanlagen auch aufstellen. Wenn Sie in Verenafohren waren, dann können Sie sich vergewissern, dass diese Anlagen sehr gut, sehr vorbildlich in die Landschaft integriert sind. Natürlich sieht man sie, das ist klar, aber sie sind sehr gut integriert in die Landschaft. Da kann man denen in Deutschland gleich nördlich der Grenze nur ein Kränzchen winden, wie sie das gemacht haben, und das könnte auch ein Vorbild für uns im Kanton Zürich sein. Deshalb möchten wir diese Eignungsgebiete.

Urs Glättli (GLP, Winterthur) spricht zum zweiten Mal: Ja, lieber René, als persönlicher Bezüger von Goldstrom, also der Minderheit aus Winterthur, empfehle ich dir doch, mir das nachzutun, als Vorbild vorwärtszugehen und vorwärtszuschauen und nicht rückwärts. Das wäre hier angezeigt für eine zukunftsfähige Energiepolitik, das zahlt sich aus für unsere Zukunft. Besten Dank.

Regierungsrat Martin Neukom: Vielen Dank für diese angeregte Debatte. Bevor wir zum Wind kommen, müssen wir wohl kurz über die Kernkraft sprechen, denn ich glaube, es gibt gewisse Kreise im Rat, die den Eindruck haben, wenn man nur genügend lange Wind verhindere, dann werde irgendwann ein Kernkraftwerk gebaut. Ich habe verschiedenste Austausche mit Führungspersonen der Axpo (*Schweizer Energiekonzern*), und die Axpo rechnet mit einer Planungszeit für ein neues Kernkraftwerk von 18 Jahren bis Baubeginn, mit allen Schritten, die es einfach braucht, bis man so weit ist. Weiter rechnet dann die Axpo mit sieben Jahren Bauzeit. Das heisst, vom Entscheid bis zu Fertigstellung wären das 25 Jahre, wir sprechen also von 2048. Und das ist das, was die Axpo ungefähr abschätzt. Es kann sein, dass es länger dauert. In Finnland wurde der neueste Reaktor fertiggestellt, einer der wenigen in Europa, die noch gebaut wurden. Bauzeit war nicht sieben Jahre, wie von der Axpo geplant, sondern 17 Jahre. Wenn es also jetzt blöd kommt, sagen wir, und es dauert länger als diese sieben Jahre, es dauert 17 Jahre, dann sind wir nicht bei 2048, wenn das neue Kernkraftwerk seinen Betrieb aufnehmen kann, sondern wir sind bei 2058. Sie sehen also: Diese Zeitdimensionen, die sind einfach enorm. Woher kommt das? Beznau (*Schweizer Atomkraftwerk*) wurde damals viel, viel, viel schneller gebaut. Warum? Heute haben wir andere

Sicherheitsstandards als in den 70er-Jahren, das ist die einfache Antwort. Natürlich haben wir heute auch ein bisschen weniger Erfahrung und weniger Fachleute in diesem Bereich. Deshalb: Jetzt einfach auf Kernkraft zu setzen, ist einfach nicht die einfache Lösung, wie sich das gewisse Leute vorstellen. Weiter sagt die Axpo, dass die Kernkraft für sie betriebswirtschaftlich nicht interessant ist. Herr von Euw, wenn die Axpo sagt, es sei betriebswirtschaftlich nicht interessant, heisst das automatisch, man müsste es subventionieren, wenn man es denn doch wollte. Sie sehen also, die Versorgungssicherheit sicherzustellen, indem man einfach auf Kernkraftwerke setzt, könnte sehr, sehr riskant sein, weil diese dann viel, viel zu spät vorhanden wäre und weil sie ausserdem auch sehr viel kosten würde. Sie sprechen natürlich von neuen Kernkraftwerktypen, da können wir sehr gerne darüber sprechen. Allerdings können wir nicht mit Typen planen, die es dann vielleicht irgendwann mal geben wird.

Was passiert nun also, wenn die Energiewende scheitert, um vielleicht einmal von hinten her zu argumentieren? Was passiert, wenn es scheitert, wenn wir es nicht schaffen, genügend Energieeffizienz, Wasser, Geothermie, Biomasse, Solar und Wind zu bauen in nützlicher Frist? Dann werden wir darauf angewiesen sein, Strom zu importieren, woher auch immer. Zu einem gewissen Mass wird der Import von Strom sicher möglich sein. Hingegen können wir uns nicht darauf verlassen, jederzeit beliebige Mengen an Strom importieren zu können. Eine mögliche Alternative wäre noch, ganz kurzfristig ein Gaskraftwerk zu bauen. Das wäre dann, erstens, definitiv das Gegenteil vom Klimaschutz und, zweitens, ist dann auch noch die Frage, wo das Gas für das Gastkraftwerk herkommt. Damit also die Energiewende nicht scheitert, sondern gelingt, braucht es zahlreiche Massnahmen auf ganz unterschiedlichen Ebenen, und dazu gehört der Wind. Es wurde bereits gesagt, der Vorteil des Windes liegt in seiner Komplementarität zur Solarenergie. Solarenergie produziert vor allem Energie im Sommer und der Wind halt vor allem im Winter, deshalb ergänzen sich diese zwei Energiebezugsarten sehr gut. Und zu Kantonsrat Karl-Heinz Meyer: Es freut mich sehr, dass Sie sich für Windkraft interessieren und sich da engagiert haben. Vielleicht findet sich auch für Sie eine Lösung. Aber Sie sehen, die rechtlichen Grundlagen zu schaffen, um Windenergie realisieren zu können, das ist noch ein weiter Weg und eine schwierige Sache.

Ja, es gibt Potenzial für Windkraft im Kanton Zürich. Ja, wir können einheimischen und ökologischen Strom produzieren. Wir können damit nicht den ganzen Kanton Zürich versorgen, das funktioniert nicht, aber wir können einen Teil zur Versorgungssicherheit beitragen. Und ja, es windet auch im Kanton Zürich. Ein kleiner Vergleich zu den Zahlen, weil das vorher gefordert wurde: Für Energievergleiche versuche ich jeweils nur die Wintermonate anzuschauen. Also schauen wir uns mal die Monate Dezember, Januar und Februar an: Alle Energieproduktionen im Kanton Zürich für Strom – das sind die Kehrlichtverbrennungsanlagen und unsere grossen Laufwasserkraftwerke – produzieren in diesen drei Monaten rund 300 Gigawattstunden Strom. Das reicht nicht, um den ganzen Kanton zu versorgen, der Kanton braucht mehr. 300 Gigawattstunden Strom, das ist,

was heute produziert wird im Kanton Zürich durch diese Kehrichtverbrennungsanlagen und Laufwasserkraft. Das Potenzial für Windenergie liegt auch ungefähr bei 300 Gigawattstunden in diesen drei Monaten. Das heisst, wenn wir die Windenergie geschickt nutzen und das Potenzial ausschöpfen, dann können wir die einheimische Produktion in den kritischen Wintermonaten Dezember, Januar, Februar verdoppeln; dies natürlich nur unter der Bedingung, dass wir dieses Potenzial auch wirklich ausschöpfen können.

Natürlich hat die Windenergie Nachteile, das ist klar, das muss man auch klar adressieren, und der Nachteil der Windenergie ist: Windenergie ist sichtbar in der Landschaft. Und ja, es gibt Leute, die sich an dieser Sichtbarkeit stören. Ich persönlich bin der Ansicht: Ohne Kompromisse schaffen wir es nicht, die Energieversorgung in Zukunft sicherzustellen. Jede Energieform hat Vor- und Nachteile, ohne Kompromisse schaffen wir das nicht.

Die Beeinträchtigung der Ökosysteme durch Windkraftwerke hält sich in Grenzen. Natürlich muss man eine Zufahrtsstrasse bauen, auch da gibt es eine gewisse Beeinträchtigung. Es hält sich aber in Grenzen. Gerade wenn man den Vergleich mit der Wasserkraft und der Beeinträchtigung der aquatischen Ökosysteme durch die Wasserkraft macht, dann, würde ich jetzt in einer Abwägung sagen, führt die Wasserkraft wahrscheinlich zu den grösseren Beeinträchtigungen. Trotzdem ist es wichtig, dass wir auch die Wasserkraft ausbauen. Auch hier gibt es eine entsprechende Abwägung, die getätigt werden muss. Was mir persönlich wichtig ist – und über das werden wir sicher noch sehr ausgiebig diskutieren in diesem Rat –, ist, dass wir eine sorgfältige Planung machen. Deshalb dauert das auch so lange, weil wir nicht einfach die erstbesten Gebiete nehmen und sagen «das ist es». Wir machen sorgfältige Abklärungen für jedes einzelne Gebiet, die wir bisher mal präsentiert haben. Und erst dann, wenn wir diese sorgfältigen Abklärungen gemacht haben, wird die Richtplanvorlage kommen.

Zur Motion von Paul von Euw: Der Regierungsrat soll auf Planungsgrundlagen für Windenergieanlagen verzichten. Sie wollen also, dass wir gar keine Windkraftwerke bauen im Kanton Zürich. Das Anliegen ist erstens nicht motionabel, denn Motionen verlangen in der Regel von der Regierung, dass sie irgendein Gesetz ändert. Aber dass die Regierung etwas nicht tut, das ist nicht motionabel. Es ist bundesrechtswidrig, weil es sagt, man solle einen bundesrechtlichen Auftrag nicht erfüllen, aber es ist auch nicht zweckmässig, weil wir einen Teil der Versorgungssicherheit durch die Windenergie bereitstellen können.

Noch ein Wort zu den Kosten, hier müssen wir unterscheiden, damit wir das nicht vermischen: Windenergie und Solarenergie sind in vielen Ländern auf der Welt die günstigste Energieform. Das ist so, die günstigste Energieform. Aber sie fluktuieren in der Produktion, deshalb muss man sie speichern. Das heisst, es kommen je nachdem noch Kosten dazu. In der Schweiz ist das nicht so. In der Schweiz können wir mit Solarenergie nicht mit irgendwelchen grossen Freiflächenanlagen in Südfrankreich konkurrenzieren. Wir haben nicht ganz so viel Sonne, wir haben nicht so viel Platz, wir haben teurere Arbeitskraft. Das gilt in ähnlichem Mass auch für Wind. Es ist also ein bisschen vergleichbar wie in der Landwirtschaft: Wenn wir konkurrenzieren wollen mit sehr, sehr grossen Betrieben irgendwo in

Frankreich oder in Deutschland oder so, dann haben wir es schwer, weil wir einfach ein höheres Preisniveau haben. Deshalb: Wenn wir Strom produzieren wollen in der Schweiz, brauchen wir – egal, welche Technik – die eine oder andere finanzielle Unterstützung.

Zur Motion Galeuchet: Diese ist ja offensichtlich schon älter. In der Zwischenzeit sind wir weiter fortgeschritten mit unseren Planungen. Sie verlangt also, woran wir bereits arbeiten, das heisst, dass wir Eignungsgebiete im Richtplan festlegen. Das wird die Grundlage sein, damit man überhaupt Windenergiegebiete bauen kann. Vielleicht um das nochmal klarzustellen, das wurde immer wieder verwechselt auch in der öffentlichen Diskussion: Die Baudirektion baut keine Windkraftwerke. Alles, was wir machen, ist: Wir schaffen Planungsgrundlagen respektive wir beantragen sie der Regierung und diese dann dem Kantonsrat. Diese Planungsgrundlagen sind nötig, damit überhaupt Windkraftwerke gebaut werden können.

Noch schnell zum Zeitplan: Wir sind etwas in Verzug. Es waren noch zusätzliche Abklärungen nötig. Ich habe gesagt, wir machen eine sorgfältige Planung. Es gibt sehr viele Aspekte zu berücksichtigen. Das werden Sie dann sehen, wenn wir das alles präsentieren. Wenn diese Abklärungen fertig sind, können wir die Vorlage zuerst in die öffentliche Auflage schicken und dann dem Kantonsrat überweisen. Dann kann der Kantonsrat über diese Eignungsgebiete entscheiden.

Zum Fazit: Der Regierungsrat teilt die Anliegen der Motion Galeuchet, Interessensgebiete für Windenergieanlagen. Er arbeitet bereits daran. Er ist deshalb bereit, diese Motion entgegenzunehmen, und er lehnt die Motion Lucek «Energiestrategie ohne Windparks» ab. Besten Dank.

Abstimmung über die Motion 104/2022

Der Kantonsrat beschliesst mit 94 : 73 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), die Motion KR-Nr. 104/2022 zu überweisen. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage mit Bericht und Antrag innert zweier Jahre.

Abstimmung über die Motion 227/2022

Der Kantonsrat beschliesst mit 117 : 48 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), die Motion KR-Nr. 227/2022 nicht zu überweisen.

Die Geschäfte 12 und 13 sind erledigt.